

Die Vermögensabgabe-Enquete.

Budapest, 4. Februar.

Die in Angelegenheit der einmaligen großen Vermögensabgabe einberufene Enquete setzte heute ihre Beratungen fort. Die Sitzung fand im Prunksaale der Budapester Handels- und Gewerbekammer unter dem Vorsitz des Finanzministers Paul Szende statt. Am heutigen zweiten Verhandlungstage gedieh die Enquete über die allgemeine Debatte nicht hinaus, und es blieben noch zahlreiche Redner vorgemerkt.

Als erster ergriff heute Roland Hegedüs das Wort, der mit Johann Teleky polemisierte. Obwohl Redner von der Notwendigkeit der Einführung der Vermögensabgabe überzeugt ist, da der soziale Gesichtspunkt die Nivellierung der allzu großen Vermögensunterschiede erheische, könne doch nicht geleugnet werden, daß sie in der Volkswirtschaft große Veränderungen bewirke. Denn es ist nicht gleichgültig, bei wem das Vermögen sich befindet; dadurch, daß einem produktiv tätigen Vermögen von 10.000 Kronen 1000 Kronen entnommen werden, wird die ganze Potenz dieses arbeitenden Kapitals infolge Verringerung der Vermögensakkumulation gestört. Man dürfe die Konkurrenzfähigkeit der ungarischen Produktion durch eine höhere Vermögensabgabe, als sie bei den Nachbarstaaten eingeführt wird, nicht gefährden. Wir dürfen die Privatwirtschaften nicht stärker belasten, als es ihre Staaten um, die mit uns konkurrieren. Daher muß getrachtet werden, mit den Nachbarn hinsichtlich des Steuerschlüssels ein Uebereinkommen zu erzielen. Die Frage der Vermögensabgabe sei von jeder parteipolitischen Propaganda fernzuhalten. Redner prüft sodann, was mit dem Erlös der Abgabe geschieht. Natürlich muß er vor allem zur Deckung der schwebenden Schuld, also zur Einlösung der Banknoten verwendet werden. In dem Augenblicke aber, als wir die zurückgelösten Banknoten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank einliefern, haben wir dadurch ihre Valuta verbessert. Belasten wir also unsere Bürger mit einer größeren Vermögensabgabe, als Oesterreich seine eigenen, so muß die ungarische Volkswirtschaft dafür Opfer bringen, da wir mit unseren Mitteln ihre Kronenwährung bessern. Redner ist der Meinung, daß mit Deutschland ein Uebereinkommen betreffend die gleichmäßige Regelung der Vermögensabgabe erzielt werden könne und fordert die Regierung auf, die diesbezüglichen Verhandlungen einzuleiten. Das Gesetz über die Vermögensabgabe soll aber unbedingt vom Parlament geschaffen werden. Schließlich beantragt er, zur Verhandlung der schwierigen technischen Fragen über die Vermögensabgabe nach Geld, Sparanlagen, Aktien und sonstigen Effekten unter Zuziehung der Vertreter der Geldinstitute einen Enquete-Komitee einzusetzen.

Finanzminister Szende akzeptiert diesen Vorschlag. Was aber die Anregung zu Verhandlungen mit Deutschland, Oesterreich und der Tschecho-Slowakei betrifft, so ist die ungarische Regierung gern bereit, ein Uebereinkommen nach der Richtung zu treffen, daß die Steuerflucht aus einem Staate in den anderen durch die Vertragsstaaten unmöglich gemacht werde. Hingegen müsse uns die Freiheit hinsichtlich des Schlüssels und der Bewertung gewahrt bleiben. Die Ausführungen des Vorredners veranlassen den Finanzminister zu der Aeußerung, er fühle sich stark genug, um die Vermögensabgabe gegen ihre Gegner zu verteidigen, jedoch sei er zu schwach, um sie gegen solche Freunde wie der Vorredner zu beschützen.

Clemér Pantos glaubt, daß die Frage betreffend die Notwendigkeit der Vermögensabgabe von dem Finanzminister auch dann in bejahendem Sinne gelöst werden würde, wenn sich die Majorität der Enquete dagegen aussprechen sollte. Es ist beispiellos in der Finanzgeschichte, daß eine unerprobte Steuerart sich zu einer solch allgemeinen Anerkennung durchgerungen hätte, als es bei der Vermögensabgabe der Fall ist. Wohl ist das Problem der Vermögensabgabe heute international, doch ist es sehr fraglich, ob es notwendig und möglich sei, die internationale Regelung abzuwarten. Redner be-

kämpft die Auffassung, wonach es geboten sei, zwischen zwei Ländern gleiche Steuergesetze zu schaffen. Tschecho-Slawien ist ein Siegerland, wir aber ein besiegtes. Hingegen anerkennt er, daß zwischen den neuerstandenen Staaten nach Analogie der Rechtshilfeverträge Steuerhilfeverträge abgeschlossen werden sollen. Der Zweck der Vermögenssteuer ist in erster Reihe die Regelung der schwebenden Schulden. Es werden sich aber wohl Leute finden, die der Meinung sind, daß wir die Banknotenschuld, nach der wir nur ein Prozent Zinsen zu leisten haben, nicht sofort zurückzahlen, sondern erst die sechsprozentigen Kriegsanleihen refundieren. Redner ist nun der Ansicht, daß erst die Bankschuld getilgt werden müsse, damit man sodann unverzüglich zur Herausgabe der ungarischen Banknoten schreiten könne. Er schlägt schließlich vor, die Regierung soll übergangsweise in der Form einer Sachsteuer eine zehnprozentige Abgabe einheben.

Julius Rubinek hält die Vermögensabgabe für nötig, da die Finanzlage des Landes auf einem anderen Wege nicht gebessert werden kann. Doch soll diese große Steuerlast erst nach Zustandekommen des Friedens und auf parlamentarischem Wege eingeführt werden. Von einer freiwilligen sofortigen Einzahlung auf die Vermögensabgabe erhofft sich Redner keinen Erfolg, da die Bürgerchaft der Finanzpolitik der Regierung kein Vertrauen entgegenbringe, weil diese Politik auf einer überaus labilen Grundlage beruht. Sie rechnet ausschließlich mit den Millionären, die das Land von den Kriegsschulden zu befreien haben. Dabei vergißt aber die Regierung, daß die alten Millionen allmählich zerinnen. Sowohl die Landwirtschaft als auch die Industrie habe in der letzten Zeit so große Verluste erlitten, daß hiedurch der während des Krieges erzielte ganze Gewinn erschöpft worden sei. Redner plädiert dafür, alle Steuerobjekte bei der Quelle selbst zu ergreifen, weil von einer Personalsteuer nicht viel zu erwarten sei. Aus dem Ertrag soll zuerst die schwebende Schuld geregelt werden. Zur Tilgung der übrigen Schulden beantragt er eine später einzuführende, auf eine Reihe von Jahren sich verteilende persönliche Vermögensabgabe. Béla Telcs behandelt die Frage vom Gesichtspunkte des städtischen Immobilienbesitzes. Eugen Lánosz ergreift im Namen der Bürgerlichen Radikalen Partei das Wort. Der Weltkrieg, führte er aus, war eine Revolution des Kapitals zum Schutze des Vermögens und es ist daher nur gerecht, daß die Lasten des Krieges durch das Vermögen getragen werden. Er widerspricht sich dem Gedanken der Devaluation, hält jedoch die Herabsetzung der Verzinsung unserer Kriegsanleihen für nicht indiskutabel.

Finanzminister Szende suspendiert hierauf die Debatte und vertagt die Verhandlung auf morgen nachmittags 6 Uhr.